

II-5105 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

2573 10

1992-03-09

ANFRAGE

der Abgeordneten Madeleine Petrovic, Freunde und FreundInnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Bausparen

Das österreichische Bankenwesen gerät in zunehmenden Maße ins Kreuzfeuer der Kritik. Die Länderbankpleite war scheinbar nur der Beginn, so häufen sich die Meldungen über risikoreiche Auslandsgeschäfte, Geldwäsche von Drogengeldern, usw. Während die Bundesregierung nunmehr in die Defensive gedrängt, versucht durch großzügige Subventionen das Schlimmste abzuwenden, bleibt abzuwarten, in welchem Ausmaß auch andere Banken in diesen Negativtrend involviert sind.

Im Dezember 1991 hat das Parlament fast panikartig die Erhöhung der Bemessungsgrundlage für das begünstigte Bausparen von 8000 Schilling auf 10.000 Schilling beschlossen. Allein die Bausparkassen werden dadurch in die Lage versetzt, ihre Finanzierungsleistung, die im Vorjahr 7,1 Mrd. Schilling betragen hat, auf mehr als 9 Mrd. Schilling zu steigern. Noch immer ist der staatlich geförderte Bausparbrief mit der sicheren 7,3%-Rendite die beliebteste Sparform der ÖsterreicherInnen. 4,3 Millionen Staatsbürger sind regelmäßige Bausparer. In erster Linie profitieren die Bausparkassen von dieser Vorliebe der ÖsterreicherInnen, allein 1991 kassierten sie 161 Mrd. an Einlagen. Der Markt ist streng reguliert. Je nach Zugehörigkeit zu einem der vier österreichischen Kreditsektoren - Banken, Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenkassen - ist das Geschäft zwischen vier Monopolkassen aufgeteilt. Dies könnte sich nunmehr, durch das Ansuchen der Ersten Österreichischen Sparkasse um eine eigene Bausparkonzession, ändern. Einerseits könnte dadurch der Wettbewerb angeregt werden, andererseits wäre jedenfalls von Seiten des Bundes erhöhter Finanzierungsbedarf gefragt.

Im Lichte der Budgetkonsolidierung und einer seit Jahren beklagten und aus volkswirtschaftlichen Gründen zu hohen Sparförderung in Österreich scheint uns diese Entwicklung höchst bedenklich.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten die folgende

ANFRAGE

- 1) In welchem Ausmaß hat sich das Sparvolumen insgesamt und die Sparförderung im besonderen in Österreich seit Beginn der Budgetkonsolidierung entwickelt?
- 2) Wie beurteilen Sie die österreichische Sparförderung im Lichte einer allfälligen EG-Annäherung? Welche Veränderungen erwarten Sie? Wie schauen die entsprechenden europäischen Vergleichszahlen aus?

- 3) Welche volkswirtschaftlichen Überlegungen liegen der österreichischen Sparförderung zugrunde? Welche konkreten Überlegungen wurden bei der letzten Erhöhung der Bemessungsgrundlage für das begünstigte Bausparen angestellt?
- 4) Welche und wieviele Bausparkassen existieren in Österreich? Wie hat sich deren Geschäftstätigkeit in den letzten Jahren entwickelt?
- 5) Sind Ihnen im Zuge der Bankenaufsicht außergewöhnliche Wahrnehmungen betreffend der Bausparkassen bekannt geworden? Wenn ja, welche?
- 6) Können Sie persönlich ausschließen, daß die Erhöhung der Bauspar-Förderung zur Stützung kommerziell "labiler" Institute erforderlich wurde? Wenn ja, worauf stützt sich diese Einschätzung?
- 7) Können Sie ausschließen, daß es heuer oder im nächsten Jahr zu einer neuerlichen (volkswirtschaftlich unverständlichen) Erhöhung der Bauspar-Förderung oder sonstiger Attraktivitätssteigerungen des Bausparens kommt? Wenn nein, was ist geplant und warum?
- 8) Wie beurteilen Sie die, durch ein Vordringen der Ersten Österreichischen Sparkasse in den Baussparbereich neu entstehende Wettbewerbssituation?
- 9) Wie werden sich die budgetären Auswirkungen einer möglichen Bausparkonzession der Ersten Österreichischen Sparkasse beziffern?
- 10) Halten Sie es für volkswirtschaftlich wünschenswert, neue kommerzielle Banken-Bereiche praktisch ausschließlich auf Förderungsanboten des Staates basierend, auf den Plan zu rufen?